bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: FOTOLIA

ENERGIEWENDE VORANTREIBEN, KOMMUNALE WERTSCHÖPFUNG STEIGERN!

Senat soll Erzeugung erneuerbarer Energien in kommunaler Eigenregie prüfen

Unter der Überschrift „Energiewende vorantreiben, kommunale Wertschöpfung steigern“ hat der SPD-Landesvorstand den Senat aufgefordert, zeitnah die Gründung einer eigenen städtischen Gesellschaft für die Erzeugung erneuerbarer Energien zu prüfen. Der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte sieht in einem Engagement Bremens bei der Erzeugung erneuerbarer Energien wirtschaftliche Vorteile für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger. „Die Energiewende ist nicht nur eine große Herausforderung, sie bietet auch große Chancen zur Steigerung der kommunalen Wertschöpfung und zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft. Bremen sollte daher nach dem Vorbild anderer Kommunen, die zum Beispiel eigene Windparks erfolgreich betreiben, ausloten, welchen Beitrag hierzu die Gründung einer eigenen städtischen Energiegesellschaft – einer ‚BremEnergie GmbH‘ – leisten kann“, erklärt Andreas Bovenschulte und ergänzt: „Auch für Bremerhaven könnte die Erzeugung erneuerbarer Energien in kommunaler Eigenregie ein Weg sein.“

Die Vorteile eines möglichen direkten energiewirtschaftlichen Engagements Bremens sieht auch Arno Gottschalk, energiepolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion: „Es sind ja zum großen Teil die Verbraucher, die die Energiewende finanzieren müssen. Strom und Gas dürfen aber nicht zu Luxusgütern werden. Deshalb fordern wir zum Beispiel die Einführung von Sozialtarifen für Menschen mit geringen Einkommen. Das reicht aber nicht. Es geht auch um die Verwendung der im Rahmen der Energiewende erwirtschafteten Gewinne. Diese sollten möglichst den kommunalen Haushalten und damit mittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zufließen und nicht in die Taschen von Investoren wandern, die mit der Region nichts zu tun haben.“

Die Prüfung der Gründung einer kommunalen Gesellschaft für erneuerbare Energien wurde bereits im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode vereinbart. Der SPD-Landesvorstand hat nun den Senat aufgefordert, diese Prüfung bis zum Ende des Jahres vorzunehmen. Andreas Bovenschulte unterstreicht die Dringlichkeit: „Angesichts des anstehenden massiven Ausbaus erneuerbarer Energien besteht akuter Handlungsbedarf.“ Arno Gottschalk ergänzt: „Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird die Initiative aufgreifen und nach der Sommerpause in die parlamentarischen Beratungen einbringen.“

Geprüft werden soll vom Senat insbesondere auch, ob eine unternehmerische Kooperation mit privaten Partnern, zum Beispiel mit der swb Crea GmbH, die bereits regional im Bereich der regenerativen Energien tätig ist, möglich und zielführend ist. „Ich denke, dass bei der swb eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit für das Thema besteht. Zu prüfen wäre daneben auch die Erweiterung des Geschäftsfeldes bestehender kommunaler Gesellschaften oder Eigenbetriebe“, so Andreas Bovenschulte. „Eines ist jedoch klar: In Betracht kommen für die SPD nur Modelle, die sich nachweislich betriebswirtschaftlich rechnen. Zuschussgeschäfte kann sich Bremen nicht erlauben.“ ■

„WIR WAREN EINE GENERATION, DIE VON PARTEIEN GENUG HATTE.“

Anlässlich ihrer 60-jährigen Mitgliedschaft in der SPD sprach die Redaktion des Bremer Forums mit Christine Koschnick über Gewerkschaftsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ihren Eintritt in die SPD und ihre Erfahrungen an der Seite von Hans Koschnick. *Von Karen Schuster*

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie im Sauerland, kam Christine Koschnick schon früh mit der Welt der Arbeit in Berührung. Nachdem sie bereits mehrere Jahre Feldarbeit hinter sich hatte, wurde sie ab 1944 in einem Rüstungsbetrieb eingesetzt, in dem sie an der Seite russischer Zwangsarbeiterinnen tätig gewesen ist. Da Christine Koschnick das gewünschte Studium der Sozial- und Staatswissenschaften aufgrund der Umstände jener Zeit nicht aufnehmen konnte, engagierte sie sich fortan in der Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) – dem Vorläufer der heutigen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Nach der Heirat im Jahr 1954 zog Christine Koschnick nach Bremen und schied nach der Geburt des gemeinsamen Sohnes im Jahr 1957 aus der hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit aus. In die SPD ist Christine Koschnick bereits im Jahr 1952 eingetreten, doch lag die Priorität stets bei der Gewerkschaft. Angesichts ihrer Erfahrungen während der NS-Diktatur stand Christine Koschnick der Politik zeitweise kritisch gegenüber: „Wir waren eine Generation, die von Parteien genug hatte.“ Da Christine Koschnick jedoch wusste, wie wichtig die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Politik war und sie sich seit ihrer Jugend mit den sozialdemokratischen Werten identifizieren konnte, wurde sie Mitglied in der SPD.

FOTO: FOCKE STRANGMANN

Christine Koschnick beim Gespräch mit dem bremerFORUM. Seit 1952 ist sie Mitglied der SPD.

Während ihrer langjährigen hauptamtlichen Gewerkschaftstätigkeit setzte sie sich schwerpunktmäßig für die Rechte der Frauen ein. Christine Koschnick forderte die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen sowie eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit und leistete auch ein Stück weit Aufklärungsarbeit: „Wir mussten die Idee der Gewerkschaften und die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter oft erst einmal erklären.“ Bei ihrer gewerkschaftlichen Arbeit in der Bezirksleitung Hannover lernte Christine ihren heutigen Ehemann Hans Koschnick kennen, der zu dieser Zeit ebenfalls in der Gewerkschaft, im Bezirk Weser-Ems, tätig war.

Nachdem ihr Ehemann Hans Koschnick im Jahr 1967 Bürgermeister und Präsident des Bremischen Senats wurde, hat sich vieles im Leben von Christine Koschnick geändert, obwohl sie den Umgang mit Politikern bereits aus ihrer hauptamtlichen Zeit in der Gewerkschaft kennengelernt hatte. Neu waren jedoch die zahlreichen Besuche öffentlicher Veranstaltungen sowie die Rolle der „First Lady“, in der sie auch das ein oder andere Mal zurückstecken musste. Dies hat Christine Koschnick, wie sie selbst sagt, jedoch ganz gut gemeistert. Ein Grund dafür war sicherlich der ständige Austausch zwischen den beiden: „Wir waren immer im Gespräch und haben unsere Meinungen ausgetauscht, auch wenn diese manchmal gegensätzlich waren.“

Während der Amtszeit ihres Ehemannes hat sich Christine Koschnick für viele Vereine und Projekte wie den Hausfrauenbund, das Müttergenesungswerk, das Focke Museum oder die Bremer Brüderhilfe engagiert. Bis heute ist sie Mitglied im Kuratorium der Bremer Krebsgesellschaft und Ehrenmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Bremen. Auch daran, dass im Jahr 1976 die Partnerschaft zwischen Bremen und Danzig ins Leben gerufen wurde, hatte Christine Koschnick ihren Anteil und sie fühlt sich bis heute mit der Stadt verbunden.

Ein einschneidendes Erlebnis im Leben der Koschnicks war die Zeit, in der Hans Koschnick als EU-Beauftragter in Mostar in Bosnien-Herzegowina tätig gewesen ist. Trotz der zwei Anschläge, die in dieser Zeit auf Hans Koschnick verübt wurden, bei denen er jedoch glücklicherweise unverletzt blieb, war es laut Christine Koschnick die richtige Entscheidung: „Man kann den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer nur sagen, sie sollen sich engagieren. Auch wir mussten Flagge zeigen.“ Begleitet hat Christine Koschnick ihren Ehemann nicht nach Mostar, sie hat ihm von Bremen aus den Rücken gestärkt, Beziehungen gepflegt und mit Hilfe des Roten Kreuzes Spenden für die Stadt gesammelt. „Neben all den Belastungen konnte ich auch viele Erfahrungen machen, die mich persönlich weitergebracht haben“.

Für die Zukunft wünscht Christine Koschnick sich, dass die Gewerkschaften wieder mehr an Einfluss gewinnen und auch die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Politik, insbesondere mit der SPD, wieder stärker wird. ■

Die Redaktion des Bremer Forums gratuliert ihr und den vielen Jubilarinnen und Jubilaren dieses Jahres, die wir aus Platzgründen leider nicht alle erwähnen können, ganz herzlich und dankt für ihr langjähriges Engagement.

TERMINE:

Offshore ohne Anschluss?
Über den Ausbau der Stromnetze und wie die Energiewende gelingen kann

Bremerhavener Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung

MI., 5. SEPTEMBER 2012, 18:30 UHR
Klimahaus Bremerhaven, Raum Kyoto, Längengrad 8, 27568 Bremerhaven

Mit Uwe Beckmeyer, Senator Martin Günthner u.a.

Der historische Abend
Veranstaltungsreihe zu 150 Jahren Sozialdemokratie in Bremen
Die Bremer SPD in der Weimarer Republik

DO., 27. SEPTEMBER 2012, 19:00 UHR,
Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34, 28195 Bremen

Referent: Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Historiker

bremerFORUM
POLITIK & GESELLSCHAFT

Die verlorene Generation?
Beschäftigungssituation junger Menschen in Deutschland und Europa

DO., 4. OKTOBER 2012, 18:00 UHR
Arbeitnehmerkammer Bremen, Kultursaal, Bürgerstraße 1, 28195 Bremen

Mit Sarah Ryglewski, MdBB, stellvertretende Landesvorsitzende SPD Bremen

Ekkehard Ernst, Leiter Abteilung Globale Beschäftigungstrends, ILO, Genf

Florian Haggenmiller, Referent für Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand, Berlin

Moderation: Elke Heyduck, Geschäftsführerin Arbeitnehmerkammer Bremen

Ausführliche Informationen zu allen Terminen: www.spd-land-bremen.de

Wohnen darf kein Luxus werden!

Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion soll mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen

Sozialer Wohnungsbau & Bremen: Gibt man beide Begriffe in eine der gängigen Internetsuchmaschinen ein, landet man auf der Seite eines lokalen Möbelhauses. Das soll sich ändern: Das Thema sozialer Wohnungsbau soll politisch wieder oben stehen. "Wir brauchen nicht nur mehr, sondern vor allem Wohnraum, der für die Menschen bezahlbar ist", betont der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion Jürgen Pohlmann. Und genau diese Entwicklung wird jetzt auf Initiative der SPD-Fraktion auch im Senat in Gang gesetzt.

Das Problem ist nicht neu: Während Bremen im höheren Preissegment durchaus Auswahl bietet, wird es für Menschen mit geringem Einkommen zunehmend schwerer, eine bezahlbare Bleibe zu finden. "Teiweise kommt es bereits zu einem Verdrängungswettbewerb", sagt Pohlman. Auch in Quartieren, die bislang eine gesunde Mischung aus bezahlbaren und gehobeneren Angeboten aufwiesen, schlägt das Pendel zunehmend in eine Richtung: Nach Sanierungsmaßnahmen oder schlicht dem Auszug der Vormieter steigen die Mieten in für viele Menschen kaum noch bezahlbare Höhen. Die Folge: Immer häufiger bleiben Studierende, weniger gut betuchte Rentner, junge Familien mit Kindern oder Alleinerziehende auf der Strecke – weil es für sie kaum noch dem eigenen Potemonnaie entsprechende Mietwohnungen gibt.

Bereits Ende 2011 hatte sich die SPD-Fraktion daher auf einer Klausurtagung des Themas angenommen. Mitte 2012 mündete die Diskussion dann im Positionspaper 'Anforderungen an die Neuausrichtung der bremischen Wohnungspolitik'. "Nachdem wir auch das grüne Bauressort letztlich überzeugen konnten, wird jetzt geliefert", freut sich Pohlmann über die jüngsten Botschaften aus dem Rathaus.

Konkret: Von den rund 1400 Wohnungen die laut Koalitionsvertrag jährlich bis 2020 neu geschaffen werden, sollen mindestens ein Viertel – also rund 350 – einer Mietpreisbindung unterliegen und für maximal 6,50 Euro pro Quadratmeter zu haben sein. Umgesetzt werden soll die nun auch mit dem Senat vereinbarte Planung unter anderem durch kostengünstige Darlehen der Bremer Aufbaubank. Sie sollen fließen, wenn Investoren die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zusichern. Ausgestattet wird der Topf für diese Kredite mit insgesamt 23,5 Millionen Euro. Außerdem sollen Investoren durch städtebauliche Verträge, verpflichtet werden, bei Neubauprojekten mindestens ein Viertel der entstehenden Wohnungen zu Mieten anzubieten, die auch für untere und mittlere Einkommen zu bezahlen sind. Ähnliche Vorgaben wird es bei der Veräußerung öffentlicher Flächen für den Wohnungsbau geben.

So soll auch in 'angesagten' Stadtteilen für günstigen Wohnraum gesorgt werden, damit dort nicht nur Platz für Besserverdienende bleibt: "Das wurde in Neubaugebieten wie dem Stadtwerder oder der Überseestadt bislang leider versäumt", sagt Pohlmann. Gemeinsam mit der Fraktion begrüßt er daher, dass sich der Senat auch der Forderung nach einem "Bündnis für Wohnen", angeschlossen hat: "So können wir alle Beteiligten an einen Tisch bekommen."

Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA und STÄWOG sind dabei aufgefordert, ihr Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen kontinuierlich zu erhöhen. Um das finanzieren zu können, müsse allerdings auch darüber nachgedacht werden, wie künftig mit der Gewinnausschüttung umgegangen wird, die die Wohnungsbaugesellschaften bislang an die Stadt auszahlen: "Es bleibt die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, zumindestens einen Teil davon in neue, bezahlbare Wohnungen zu investieren", so Pohlmann. (mk) ■

VORBEREITUNG BUNDESTAGSWAHL

Das genaue Datum der Bundestagswahl 2013 steht noch nicht fest (voraussichtlich Ende September), dennoch haben die Vorbereitungen bereits begonnen, die Fristen zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten laufen. Die Ortsvereine in der SPD-Landesorganisation haben nun bis zum 15. November 2012 Zeit, ihre Delegierten für die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten zu wählen.

Die Wahlkreisdelegiertenkonferenzen finden statt:

Wahlkreis 54 – Bremen I:
FREITAG, 7. DEZEMBER 2012, 18:00 UHR
Bürgerhaus Oslebshausen, Bremen

Wahlkreis 55 – Bremen II – Bremerhaven:
DONNERSTAG, 6. DEZEMBER 2012, 19:00 UHR
Bürgerhaus Obervieland, Bremen

Die beiden Wahlkreisabgeordneten Carsten Sieling (Wahlkreis 54) und Uwe Beckmeyer (Wahlkreis 55) haben ihre erneute Kandidatur angekündigt.

Die **Aufstellung der Landesliste** erfolgt auf einer **Landesdelegiertenkonferenz,** für die ebenfalls Delegierte von den Ortsvereinen zu wählen sind. Die Landesdelegiertenkonferenz findet statt am **Freitag, 25. Januar 2013.** ■

bremerFORUM
POLITIK & GESELLSCHAFT

SAVE THE DATE

Fachkonferenz RENTE

Die SPD wird auf ihrem Parteikonvent im November ein neues sozialdemokratisches Rentenkonzept beschließen. Auf einer rentenpolitischen Fachtagung will die Bremer SPD diskutieren, wie auch zukünftig eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Alterssicherung gewährleistet werden kann. Prof. Dr. Gerhard Becker von der Universität Duisburg-Essen und Ingo Nürnberger, Leiter der Abteilung 4 (Sozialpolitik) beim DGB Bundesvorstand konnten als Experten gewonnen werden. Die Fachtagung dient zur inhaltlichen Vorbereitung der Positionierung der Bremer SPD.

SAMSTAG, 6. OKTOBER 2012,
10:00 – 14:15 UHR
Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, Bremen

„DIE AG 60 PLUS IST EINE STARKE KRAFT IN DER BREMER SPD“

Vier Fragen an Bernd Grottke

ZUR PERSON:

FOTO: PATRICE KUNTE

Bernd Grottke ist seit 2006 Landesvorsitzender der AG 60 plus.

Die AG 60 plus ist mittlerweile die größte AG in der SPD. Was sind eure Themen?
Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus ist bundesweit und auch im Land Bremen die größte Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Das liegt daran, dass alle über 60-jährigen SPD-Mitglieder automatisch dieser AG angehören und dass der Altersdurchschnitt in unserer Partei bekanntlich sehr hoch ist. Die Themen, die wir bearbeiten, betreffen in der Hauptsache die Sozialpolitik, insbesondere deren Auswirkungen auf die älteren Menschen (Rente, Gesundheit und Pflege, Wohnlichkeit der Stadt für Ältere, Zusammenarbeit mit den Jüngeren, etc.). Seit der (von uns weiterhin abgelehnten!) Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, kommen zunehmend Probleme des Übergangs aus dem Arbeitsleben ins Rentnerdasein dazu. Natürlich beziehen wir auch zu allen sonstigen wichtigen politischen Themen Position. Die Ergebnisse unserer Arbeit bringen wir über Anträge in die UB-Konferenzen und Landesparteitage in die Partei ein und haben bisher stets damit Erfolg gehabt.

Derzeit beschäftigt sich eine Kommission beim SPD-Parteivorstand mit dem Thema Rente. Welche Erwartungen hat die AG 60 plus an die Rentenpolitik?
Das Thema „Rente“ wird in unserer Partei im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl eine zentrale Rolle spielen. Hierzu hatte bereits im Zeitraum von 2008 bis 2010 eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes unter maßgeblicher Beteiligung der AG 60 plus Vorschläge erarbeitet und in die Partei eingebracht. Über eine Arbeitsgruppe des AG 60 plus-Bundesvorstandes, in der auch wir aus Bremen vertreten sind, wurde die Bremer Position auch in den AG 60 plus-Bundeskongress im Jahre 2011 transportiert. Die Fakten sind nach wie vor aktuell. Inzwischen gibt es eine Fülle von Material zu dem Thema „Rente“. Dieses wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Landesvorstandes, des Sozialpolitischen Ausschusses beim Landesvorstand, von Mitgliedern der AG 60 plus und Mitgliedern anderer Arbeitsgemeinschaften sowie weiterer Interessierter gesichtet. Das Ziel ist, für den Parteikonvent, der im November tagt und sich in der Hauptsache mit der Rentenpolitik der SPD befassen wird, eine Bremer Position zum Thema Rente zu erarbeiten. Die dann von unseren Bremer Delegierten in den Konvent eingebracht und dort vertreten wird.

Seit diesem Jahr gibt es in den Arbeitsgemeinschaften das Prinzip der Mitgliederversammlungen. Inwieweit hat sich die Arbeit der AG 60 plus im Land Bremen dadurch verändert?
In der Folge der vom SPD-Parteivorstand vorgegebenen Organisationsneustruktuierung wurde im Land Bremen die interne Arbeitsstruktur der AG 60 plus sowohl in den UBs als auch auf der Landesebene umgestellt – vom Delegierten- auf das Mitglieder-Versammlungsprinzip. Vorausgegangen waren sehr heftige Diskussionen in den AG 60 plus-Vorständen über das Für und Wider. Für die Abgabe eines endgültigen Urteils über Vor- und Nachteile dieser Umstellung ist es noch zu früh.
Das Positive ist klar, wir können nun erstmals überhaupt alle Mitglieder unserer AG ansprechen und nicht nur den kleinen Kreis von Delegierten. Aber es gibt auch Nachteile, da nicht ständig mit allen Mitgliedern kommuniziert werden kann, allein schon aus Kostengründen nicht, konzentriert sicht die Arbeit verstärkt auf die wenigen Mitglieder der AG-Vorstände. Insbesondere im Unterbezirk Bremen-Stadt sind wir aktuell nicht mit der Finanzierung unserer doch für die ganze Partei wichtigen Arbeit zufrieden. Ich bin dennoch optimistisch, dass es Lösungen für die Probleme gibt. Aber am Ende gilt immer, jede Reform muss sich auch einer Überprüfung am wirklichen Leben stellen.

Nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Welche Themen sind aus Deiner Sicht besonders wichtig für die SPD?
Im Jahr 2013 zu den Bundestagswahlen müssen wir so gut wie irgend möglich aufgestellt sein. Um die nötige Resonanz bei den Wählerinnen und Wählern zu finden, muss sich die SPD endlich wieder mehr den sozialen Themen zuwenden. Das sind, über Korrekturen bei den Renten hinausgehend die Themen Pflegeversicherung, ärztliche Versorgung und insbesondere die Durchsetzung des flächendeckenden Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro. Das sind einige von vielen wichtigen Themen. Darüber hinaus müssen unser Steuersystem und unser Bankensystem neu geordnet werden. Deutschland muss künftig von einer sozialdemokratischen Bundesregierung regiert werden und nicht von Banken und Großunternehmen. Der Turbo-Kapitalismus muss endlich ein Ende haben. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/350 18-0
Fax: 0421/350 18-37
info-bremen@spd.de
Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen,
Karen Schuster.
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen